

Bürger für Bürger
BÜRGERLISTE Leverkusen e.V.
 überparteilich - tolerant

Fraktion

BÜRGERLISTE 51379 Leverkusen, Kölner Straße 34

Tel. 0214 / 406-8730 Fax 406-8731
 fraktion-buergerliste@versanet-online.de
 www.buergerliste.de

Leverkusen, den 25.8.2010

1. An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Büro des Rates

0. OAL NB 25/8/10

25.8.10

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Rates:

Die Strukturkommission des Rates, die 2005 bereits im Zusammenhang mit den Kienbaum-Sparvorschlägen eingesetzt wurde, wird reanimiert und macht bis nach den Herbstferien gemeinsam strukturelle Sparvorschläge, den Haushalt der Stadt sukzessive und nachhaltig zu konsolidieren.

Hierzu werden Vertreter der Firma Kienbaum, die auch damals Bestandteil der Strukturkommission waren, sowie Vertreter der GPA, die die letzte Teilprüfung des Haushaltes unserer Stadt durchführten, als beratende Mitglieder hinzugezogen.

Begründung:

Es geht nicht an, dass die Politik es weitgehend der Verwaltung überlässt, Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung - Siehe Vorlage R 0630/2010 I - zu machen, die zudem augenscheinlich im Vorfeld bereits durch den OB, die Mehrheitsfraktionen des JAMAICA plus-Bündnisses/CDU, GRÜNE, FDP, Plus, . . . politisch gefiltert wurden. Und darüber hinaus mehr einem Verschlei-erungsmanöver und einem trickreichen Ringkampf mit dem RP/dem IM gleichen, denn einer ganzheitlichen und verantwortlichen Strukturanalyse der städtischen Finanzen zur Schließung der alljährlichen Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen, die den Schuldenberg der Stadt unverantwortlich immer weiter deutlich wachsen lässt.

Die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung nehmen dabei augenscheinlich sogar bewusst billigend in Kauf, dass mit der absehbaren Insolvenz/ Überschuldung der Stadt ein gravierender Rechtsbruch vom Rat unserer Stadt zu verantworten ist. Siehe hierzu die Gemeindordnung NRW und die eindeutigen Ausführungen des RP und des IM zu diesem Gesetzesbruch!

Dass der Regierungspräsident und im Nachgang die Verwaltung weitgehend die politisch höchst unangenehme „Schmutzarbeit“ erledigen sollen/müssen, ist ein weiteres Armutszeugnis für unseren Oberbürgermeister sowie für die Mehrheitsfraktionen - sie titulieren sich zudem ironischerweise auch noch als „Gestaltungsmehrheit“ - , die sich so als eigentlich Verantwortliche eben um diese Verantwortung mit dem Anschein herumogeln wollen, indem sie augenscheinlich den Eindruck erwecken möchten, dass eigentlich nicht sie für die für den Bürger/den Wähler unangenehmen Sparvorschläge verantwortlich sind, sondern dass sie ohne Schuld durch RP/IM zu diesen höchst unangenehmen Entscheidungen regelrecht gezwungen würden.

Die dringend notwendigen drastischen Sparmaßnahmen, die die Insolvenz/ Überschuldung unserer Stadt als eklatanten Rechtsbruch verhindern können, kann aber nur der hierfür allein verantwortliche Rat ausarbeiten und durchsetzen. Denn er ist nach Gesetz/Verfassung für die städtischen Finanzen seit Jahrzehnten ganz alleine verantwortlich.

Zu all diesem lächerlichen Polittheater passt auch, dass u. a. Oberbürgermeister und Mehrheitsfraktionen behaupten, angeblich zwingendes Recht - hier u. a. Gesetzgebung Bund/Land NRW zu den U3-Kitas - umsetzen zu müssen, während man andererseits billigend hinnimmt, dass die Verursacher der Kita-Millionenkosten durch eine unsolide, ja rechtswidrige Finanzierung, wesentliche Basis-Gesetze, die im Grundgesetz verankert sind - die Kommunale Selbstverwaltung - missachten und damit Recht brechend quasi aufheben.

Und anstatt hiergegen zu klagen, greifen sie weitestgehend nur die Nichteinhaltung des Konnexitätsgesetzes NRW auf dem Gerichtswege an, und warten zudem nicht einmal auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes, sondern setzen bereits in voraussetzendem Gehorsam, das rechtswidrige - Nichteinhaltung des Konnexitätsprinzips sowie insbesondere Zerstörung der Kommunalen Selbstverwaltung - Kita-Gesetz unter erheblichem finanziellen Aufwand und zu Lasten weiterer erheblicher Schulden - pro Jahr alleine ca. 10 Millionen für Mieten/Personal/Material - in unserer Stadt um.

Die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung unserer Stadt verweigern sich damit auch Vorschlägen, die beinhalten, die Ausführung/Finanzierung des Kita-Gesetzes auszusetzen, um eine gesetzlich ausdrücklich verbotene Überschuldung/Insolvenz abzuwehren und dadurch das grundlegende Recht auf Kommunale Selbstverwaltung zu verteidigen.

Michael Quatz

Karl Schweiger

(Erhard T. Schoofs)